

Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushalt, eingebracht in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.1.2020

1. Die SPD-Fraktion beantragt erneut, in den Haushaltsentwurf einen Betrag in Höhe von 50.000,-- € für die **Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft** einzustellen. Zur Begründung verweisen wir erneut auf die Ausführungen des Vorjahres:

(Zitat) „Neben gesetzlichen Eingriffen (z. B. Mietpreisbremse usw.), um die Exzesse im Wohnungsmarkt einzudämmen, gibt es nur eine erfolgversprechende Lösung: Wir müssen massiv in den Wohnungsbau investieren und Bauen, Bauen, Bauen. Damit auch Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen dort leben können, wo sie wollen.

Viele Kommunen in NRW wollen handeln, weil sie die Probleme sehen und gründen vor Ort eigene kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Dieses Erfordernis sieht die SPD-Fraktion auch in Heinsberg.

Die Gründung einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft wäre nach Auffassung der SPD-Fraktion nur die logische Fortführung und Erweiterung zum bereits umgesetzten Regiebetrieb.“ (Zitatende)

Ergänzend hierzu sind wir der Auffassung, dass man auch die Anschubfinanzierung für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft aus dem Verkauf der ersten beiden Grundstücke des Neubaugebietes Porselen nehmen könnte.

Damit würden wir den jetzigen Haushalt nicht zusätzlich belasten.

2. Die SPD-Fraktion beantragt ferner, die unter H030000_02 (Seite 453) in den Haushaltsentwurf 2020 eingestellten 700.000,-- € zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes ersatzlos zur Entlastung des Haushaltes zu streichen. Wenn dann irgendwann ein geeignetes Grundstück, eine verlässliche Machbarkeitsstudie und Kostenplanung vorliegt, kann man sich wieder mit dem Thema Kunstrasenplatz beschäftigen. Dies wird sicherlich nicht in diesem Jahr sein, daher kann dieses Budget ersatzlos gestrichen werden.
3. Die SPD-Fraktion beantragt außerdem, die Haushaltsstelle L010003_10 „Dremmener Jätzges“ (= 235.500,-- €) aus dem Haushalt 2020 vorerst zu streichen. Ein Förderantrag für diese Maßnahme wurde noch nicht gestellt. Derzeit ist nicht absehbar, ob und in welcher Höhe die Maßnahme überhaupt gefördert wird. Ohne Förderzusage darf vorab nicht begonnen werden. Ein Beginn der Maßnahme ohne Anerkennung wäre ansonsten förderschädigend. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der diesjährigen Haushaltslage muss aus Sicht der SPD-Fraktion dieses Vorhaben erstmal auf Eis gelegt und aus der Haushaltsplanung gestrichen werden.